

Solidarität mit dem Protest gegen die Kohleverstromung im Oktober 2018

Die Ziele des Pariser Abkommens können ohne Kohleausstieg nicht erreicht werden

Die Regierungen dieser Welt haben in Paris beschlossen: Der Großteil der fossilen Energien muss im Boden bleiben. Denn die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas ist die Hauptursache der globalen Klimakrise. Sie verursacht Dürre und Hunger, Artensterben, Wetterextreme und Überflutungen. Millionen Menschen, besonders im Globalen Süden, bedroht der Klimawandel schon heute in ihrer Existenz und zwingt sie zur Flucht.

Ob es wirklich einen Wendepunkt in der internationalen Klimapolitik gibt, entscheidet sich auf der nationalen Ebene der Länder, die historisch wie aktuell die größten Verursacher der Klimakrise sind. Ein zügiger Kohleausstieg in Deutschland ist eine der Voraussetzungen dafür, dass die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad bzw. 1,5 Grad begrenzt werden kann, wie es die Weltgemeinschaft mit dem Pariser Abkommen festgelegt hat. Doch Deutschland versagt beim Klimaschutz: Die Bundesregierung droht am Klimaziel für 2020 zu scheitern, weil sie den Kohleausstieg seit Jahren hinauszögert. Statt endlich das Aus für die dreckige Kohle zu beschließen, schiebt sie die Entscheidung darüber in eine Kommission ab – und lässt die Schloten weiter qualmen und die Kohlebagger weiter graben.

Gegen die zerstörerische Braunkohle wehren sich seit langer Zeit Menschen vor Ort ebenso wie Umweltverbände und andere Organisationen. Sie fordern einen nachhaltigen Strukturwandel für die Kohlereviere und zukunftsfähige Arbeitsplätze statt Kohleindustrie, denn eines ist sicher: Die Kohleverstromung hat keine Zukunft! Gleichzeitig verstehen sich immer mehr Menschen als Teil einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Denn sie halten es für falsch, dass wenige Menschen von dem mit Hilfe fossiler Energien erzeugten Wohlstand profitieren, viel mehr Menschen aber unter den durch ihre Emissionen verursachten Klimawandelfolgen leiden. Weltweit finden Proteste gegen fossile Infrastruktur statt.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, sind erschüttert über die Politik des Wegschauens und die existenzielle Gefährdung von weltweit Millionen Menschen durch den Klimawandel. Wir können angesichts der bedrohlichen Klimakatastrophe nachvollziehen, wenn sich jetzt Menschen zum zivilen Ungehorsam gegen den Kohleabbau gezwungen sehen.

Der Konsens der Kampagne „Ende Gelände“ betont Sicherheit und Transparenz für alle Beteiligten und schließt die Zerstörung von Infrastruktur und eine Gefährdung von Menschen durch die Aktion aus. Ziviler Ungehorsam gegen existenzielle Gefahren und Missstände hat eine lange und bedeutende demokratische Tradition. So würde es ohne den – auch ungehorsamen – Widerstand gegen Atomkraft keinen Atomausstieg geben. Die entschlossene, aber friedliche Aktion „Ende Gelände“ in den vergangenen Jahren hat diese Tradition eindrucksvoll aufgenommen.

„Ende Gelände“ ist ein aufrüttelndes Signal zum Ausstieg aus einer zerstörerischen Technologie, für den globalen Erhalt der Umwelt und für gelebte Solidarität mit unseren Mitmenschen weltweit, insbesondere denen, die schon heute von der Klimakrise bedroht sind. Daher erklären wir uns solidarisch mit allen Menschen in ihrem friedlichen Protest gegen die Kohle.

Unterzeichner der Erklärung:

Anti-Atom Bayern, Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz (BAAK), Bündnis für Atomausstieg und erneuerbare Energien Regensburg (BüfA), BürgerBegehren Klimaschutz, Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, INKOTA, Konzeptwerk Neue Ökonomie, NaturFreunde Deutschlands, Oxfam, PowerShift, Robin Wood, Umweltinstitut München, Urgewald